



Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

10. Sitzung (öffentlich)

22. März 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:30 Uhr

Vorsitz: Marie-Luise Fasse (CDU)
Hubert Schulte (CDU) (Stellv. Vorsitzender)

Protokollerstellung: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Schweinepest in NRW

Bericht der Landesregierung

1

In Verbindung damit:

Fragen

von Johannes Remmel im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an den Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

3

Minister Eckhard Uhlenberg (MUNLV) berichtet.

Anschließend beantwortet er die von den Grünen gestellten 20 Fragen.

Landtag Nordrhein-Westfalen	II	APr 14/151
Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz		22.03.2006
10. Sitzung (öffentlich)		mr-be

Seite

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und des Gesetzes zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1000

Vorlage 14/214

14

Die Einführungsrede von Minister Eckhard Uhlenberg (MUNLV) zum Einzelplan 10 liegt mit Vorlage 14/315 vor.

Der Minister trägt ergänzend zur Vorlage 14/315 vor.

Die abschließende Beratung zum Haushalt wird in der Sitzung am 31. März 2006 stattfinden.

3 Lückenlose Informationen und nachvollziehbare Wege von Schlachtabfällen in NRW! Konsequenzen aus bayerischem Lebensmittelskandal ziehen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/577

Und:

Umfassende Konsequenzen aus den Fleischskandalen ziehen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/880

In Verbindung damit:

Vorlage 14/288

16

Johannes Rimmel (GRÜNE) beantragt, zu diesem Thema eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen durchzuführen. - Die Anhörung wird am 24. Mai 2006 stattfinden.

Landtag Nordrhein-Westfalen	III	APr 14/151
Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz		22.03.2006
10. Sitzung (öffentlich)		mr-be

Seite

4 Fortführung der Kreislaufwirtschaft und konsequente Verwendung von Recyclingpapier in der öffentlichen Verwaltung

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/714

18

Dr. Alexander Schink (MUNLV) erstattet Bericht.

Der Antrag wird mit den Stimmen aller Fraktionen einstimmig angenommen.

5 Fußball erleben - Umwelt schützen: Fußballweltmeisterschaft 2006 zur Werbung für einen nachhaltigen Umweltschutz nutzen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/864

21

Der auf Vorschlag der Grünen von der SPD gestellte Änderungsantrag wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

Der SPD-Antrag Drucksache 14/864 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

6 Gegen neue Bürokratie und Gebühren: Keine „Waldmaut“ in NRW

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1196

23

Der Antrag wird mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Grünen abgelehnt.

Landtag Nordrhein-Westfalen	IV	APr 14/151
Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz		22.03.2006
10. Sitzung (öffentlich)		mr-be

Seite

7 Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Nordrhein-Westfalen, Belgien und den Niederlanden ausbauen und qualitativ stärken

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1193

27

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben.

Der von den Grünen erbetene Bericht der Landesregierung wird nachgereicht (siehe Vorlage 14/388 vom 4. April 2006).

8 Zickzackkurs der Bundesregierung bei der Besteuerung von Biokraftstoffen gefährdet zukünftige Investitionen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1197

27

Der Antrag wird mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Grünen abgelehnt.

9 Übersicht aller für den Naturschutz bedeutungsvollen gesamtstaatlichen repräsentativen Naturschutzflächen des Bundes in Nordrhein-Westfalen

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/924

31

Mit Vorlage 14/311 gibt die Landesregierung einen Zwischenbericht.

10 Umsetzung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes in Nordrhein-Westfalen: Überblick über den Stand der Umsetzung in den einzelnen Kommunen

34

Die Landesregierung berichtet mit Vorlage 14/319.

Landtag Nordrhein-Westfalen V APr 14/151
Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, 22.03.2006
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
10. Sitzung (öffentlich) mr-be

Seite

11 Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie - Aktueller Stand 35

Die Landesregierung erstattet mit Vorlage 14/355 Bericht.

Die in der Sitzung von SPD und Grünen gestellten Fragen werden in der Sitzung und mit Vorlage 14/435 vom 24. April 2006 beantwortet.

12 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des technischen Umweltschutzes (ZustVOtU)

Vorlage 14/275 38

Der Ausschuss erhebt keine Einwendungen gegen die in der Vorlage genannten Vorschriften.

13 Umsetzung des Luftreinhalteplans und Aktionsplans in Hagen - Haltung und Rechtsauffassung der Landesregierung 38

Die Landesregierung berichtet mit Vorlage 14/345.

Nächste Sitzung: 31. März 2006

falls könne das in vertraulicher Sitzung geschehen; denn es sei doch von großem Interesse, das zu wissen.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und des Gesetzes zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1000

Vorlage 14/214

Vorsitzende Marie-Luise Fasse macht auf die Einführungsrede des Ministers zum Einzelplan 10 aufmerksam (siehe Vorlage 14/315). Wie vereinbart, finde die abschließende Beratung zum Haushalt in der Sitzung am 31. März 2006 statt.

Minister Eckhard Uhlenberg gibt zusätzlich eine kurze Einführung in den Einzelplan 10:

Ein wesentlicher Kern der Politik der neuen Landesregierung ist es, den vorher eingeschlagenen Weg der jährlich wachsenden Neuverschuldung zu verlassen. Die lähmenden Fesseln der Verschuldung müssen gelöst werden. Von dieser Prämisse ist der Entwurf des Einzelplans 10 des MUNLV geprägt. Das gilt auch für die anderen Ressorts.

Die erforderlichen Veränderungen sind nicht nach der Rasenmähermethode, sondern vor dem Hintergrund der politischen Schwerpunkte dieser neuen Regierung und des erforderlichen Kürzungsrahmens vorgenommen. Dies ist allerdings nur im Rahmen der nicht durch Vorbelastungen aus den Vorjahren gebundenen „freien Mittel“ möglich.

So stehen im Einzelplan 10 Gesamtausgaben von 907,7 Millionen € Gesamteinnahmen in Höhe von 445,6 Millionen € gegenüber. Der Zuschussbedarf beträgt somit 462,1 Millionen €. Das sind 50,1 % des Haushaltsvolumens. Der Ausgabenansatz sinkt, bereinigt um die in den Einzelplan 10 verlagerten Mittel, gegenüber 2005 um 63,7 Millionen € oder 6,8 %. Ein großer Anteil hiervon musste bei den nicht zweckgebundenen Förderprogrammen erwirtschaftet werden. So werden diese von 164,2 Millionen € in 2005 auf 146,63 Millionen € in 2006, also um 11 %, gekürzt - dies, obwohl wegen der in den Vorjahren eingegangenen Vorbelastungen die Mittel für den naturnahen Wasserbau und Hochwasserschutz außerhalb der „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ um 6,5 Millionen € aufgestockt werden. Um diesen Betrag bereinigt, beträgt die Kürzung bei den anderen Fördermaßnahmen im Durchschnitt 15 %.

Mit Schreiben vom 10. März 2006 habe ich Ihnen meine Einführungsrede zu diesem Haushaltsentwurf zugesandt. Ich denke, dass Sie daraus die neuen politischen Schwerpunkte und Aufgaben, die mit diesem Haushaltsentwurf umgesetzt

werden sollen, deutlich erkennen können. Sollten hierzu noch Fragen oder Unklarheiten bestehen, so bin ich gerne bereit, sie in der heutigen Sitzung zu klären.

Svenja Schulze (SPD) zeigt sich angesichts der heutigen umfangreichen Tagesordnung bereit, die Fragen zum Haushaltsentwurf schriftlich zu stellen (siehe Vorlage 14/377 vom 28. März 2006, in der die Landesregierung die von der SPD gestellten Fragen beantwortet).

Johannes Remmel (GRÜNE) bittet, das Gutachten zum Landesbetrieb Wald und Holz, von dem er gehört habe, zur Unterstützung der Meinungsbildung in den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

StS Dr. Alexander Schink bestätigt, dass ein Gutachten in Auftrag gegeben worden sei. Der Gutachter habe in der vergangenen Woche in der im Ministerium eingerichteten Arbeitsgruppe einen Folienvortrag gehalten, der dem Landtag als Zuschrift übermittelt worden sei. Das Gutachten selbst sei noch nicht in seiner endgültigen Fassung fertig gestellt. Das hänge damit zusammen, dass dem Gutachter zusätzliche Aufgaben der Begutachtung des Landesbetriebs übertragen worden seien. Im April werde das Gutachten wohl in seiner endgültigen Fassung vorliegen. Dem Ausschuss werde man das Gutachten entsprechend dem Brauch der Landesregierung zu gegebener Zeit zur Verfügung stellen. Für den 31. März könne man nur auf die Zwischenergebnisse verweisen, die der Gutachter in den Folien zur Verfügung gestellt habe.

Johannes Remmel (GRÜNE) gibt zu bedenken, dass man am 31. März nicht darüber entscheiden könne, ob der Zuschuss des Landes beim Landesbetrieb um 5 Millionen € gesenkt werde oder nicht, wenn das Gutachten, das die notwendige Grundlage dafür liefern solle, erst im April fertig sei.

StS Dr. Alexander Schink erläutert, der Zweck des Gutachtens sei ein anderer. Es diene nicht als Nachweis dafür, in diesem Jahr beim Landesbetrieb 5 Millionen € einsparen zu können. Das Gutachten, mit dem man den dauerhaften Zuschussbedarf des Landesbetriebs Wald und Holz feststellen wolle, sei erst ab 2007 haushaltsrelevant. Es handele sich um ein ähnliches Gutachten wie das, das zur Landwirtschaftskammer erstellt worden sei. Auf der Basis dieses Gutachtens würden dann im Ministerium Überlegungen angestellt, wie die Wirtschaftsführung im Landesbetrieb Wald und Holz mit dem Ziel optimiert werden könne, den Zuschussbedarf dauerhaft zu reduzieren.

Johannes Remmel (GRÜNE) macht auf die Widersinnigkeit der Argumentation aufmerksam. Im Umkehrschluss habe das Gutachten für die Landwirtschaftskammer sehr wohl dazu gedient zu begründen, dass die Ausgaben für die Landwirtschaftskammer erhöht werden müssten.

Minister Eckhard Uhlenberg merkt an, das Landwirtschaftskammergutachten sei vom früheren Finanzminister Dieckmann in Auftrag gegeben worden. Jetzt bestehe wirklich

Klarheit über die Finanzierung der Landwirtschaftskammer. Es würden nicht wie bei der früheren Hausspitze auf Zuruf Gelder zur Verfügung gestellt, sondern man habe eine verlässliche Grundlage. Das Gleiche strebe man beim Landesbetrieb Wald und Holz an. Das Gutachten liege zur Verabschiedung des Haushaltsplans 2006 noch nicht endgültig vor, könne aber für den Haushalt 2007, der auch in diesem Jahr verabschiedet werde, genutzt werden.

MDgt Winfried Pudenz (MUNLV) schildert die Historie. Er sei sowohl 2003 für den Haushalt 2004/2005 als auch im letzten Jahr für den Haushalt 2006 bei den Beratungen mit dem Finanzministerium dabei gewesen. 2003 sei auf Abteilungsleiterenebene, also mit Dr. Berg vom FM, Streit über die Finanzierung der Landwirtschaftskammer entstanden. Dr. Berg habe zur Klärung ein Gutachten haben wollen, das das FM in Auftrag gegeben habe.

Im letzten Jahr habe es anlässlich der Beratungen zum Haushalt 2006 keinen Streit mit dem Finanzministerium gegeben, da das Finanzministerium die Ressorts gedeckelt und ein Budget vorgegeben habe. Die Aufteilung habe es den Ressorts überlassen. Dabei habe das MUNLV dem Landesbetrieb Wald und Holz 5 Millionen € weniger zugestanden.

Aus den Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Landwirtschaftskammergutachten habe das MUNLV alleine entschieden, für die Jahre über 2006 hinaus zu schauen, wie man die Landwirtschaftskammer auf vernünftige Beine gestellt bekomme. Das Gutachten sei also nicht Grundlage für den Haushalt 2006 gewesen, sondern solle für die weitere Zukunft wegweisend sein.

3 Lückenlose Informationen und nachvollziehbare Wege von Schlachtabfällen in NRW! Konsequenzen aus bayerischem Lebensmittelskandal ziehen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/577

Und:

Umfassende Konsequenzen aus den Fleischskandalen ziehen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/880

In Verbindung damit:

Vorlage 14/288

Vorsitzende Marie-Luise Fasse teilt mit, der Antrag Drucksache 14/577 sei vom Plenum in seiner Sitzung am 9. November 2005 an den Ausschuss für Umwelt und Natur-

